

Wem gehört die Stadt ?



Sauberes Braunschweig, Einkaufspaläste,
Privatisierung, Haushaltskonsolidierung,
kürzen, streichen, schließen.
Eine Stadt wird umstrukturiert.
Wieso? Weshalb? Warum?



WESSEN SAUBERES BRAUNSCHWEIG?

Die Durchstrukturierung der Stadt nach den Interessen des Kapitals angreifen!

Was bisher geschah...

Gut anderthalb Jahre ist es her (November 01), da trat in Braunschweig ein Mann an, die altehrwürdige Provinzstadt im Hinblick auf die kommunale Finanzkrise bis zum Ende seiner Amtsperiode (2007) umzukrempeln. Oberbürgermeister Gert Hoffmann legte seine Vorstellungen von Politik in einem 10-Punkte-Programm dar, in dem er den „Handlungsrahmen [sieht], um Braunschweigs Stellung als führenden Wirtschafts- und Technologiestandort zu festigen und auszubauen sowie sich im internationalen Wettbewerb zu profilieren“ (www.braunschweig.de). Das Programm spricht bereits Bände: Hoffmanns ganzes Augenmerk gilt dem Zuschnitt der Region Braunschweig auf die Bedürfnisse von Unternehmen. Die für Bewohnerinnen und Bewohner Braunschweigs wichtigen Einrichtungen (z.B. Gesundheitsversorgung, Freizeiteinrichtungen) finden lediglich einmal in Punkt 9 Erwähnung – als „weiche Standortfaktoren“, also wiederum nur im Hinblick auf ihre Nutzbarkeit für die Schaffung einer unternehmensfreundlichen Situation. Der Ansatz lautet: Wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's allen gut.

Viel ist in der vergleichsweise kurzen Zeit passiert; hier ein Überblick über einige der aus unserer Sicht wesentlichen Veränderungen, zunächst die Ergebnisse der unternehmenszentrierten Ausgabenpolitik Hoffmanns:

„Haushaltskonsolidierung“

Per „Rasenmäherprinzip“ wurde im Bereich kultureller und sogenannter sozialer Ausgaben gekürzt. Alles, was die Stadt nicht per Gesetz zu tun gezwungen ist, fiel dem Rotstift zum Opfer. Eine Aufzählung der von Kürzungen bzw. Streichungen betroffenen Institutionen, Vereine und anderer Organisationen würde den Rahmen sprengen. Als offensichtlichste Beispiele seien hier kurz angesprochen die Schwimmbäder, von denen mehrere schlichtweg geschlossen wurden, sowie das FBZ, einst Ort mannigfaltiger Veranstaltungen zu tragbaren Preisen, jetzt ebenfalls geschlossen.

Im kulturellen Bereich vergeht keine Streichung von finanzieller Unterstützung ohne den Verweis auf die Möglichkeit, diese durch Sponsoring zu ersetzen, so als handle es sich dabei lediglich um eine andere Geldquelle ohne Auswirkungen auf den Inhalt der betreffenden Veranstaltungen. Es soll uns glauben gemacht werden, ein Sponsor sei ein Geldgeber ohne eigene (geschäftliche) Interessen, der aus Liebe zur Kunst o.ä. sein Geld zu Verfügung stelle. Dabei ist doch auf den ersten Blick klar, dass jeder Sponsor für seine Freigiebigkeit auch etwas zurück verlangt, z.B. Publicity, ein bestimmtes bürgernahes Image usw. Damit ist auch klar, dass nur für bestimmte Ereignisse Sponsoren gefunden werden können, Kultur jenseits des Mainstreams hingegen fällt bei dieser Finanzierungsmethode durchs Raster.

Der Braunschweig-Pass, eine Möglichkeit für Arme, verbilligt Busse, Bahnen und die (verbliebenen) Schwimmbäder nutzen zu können, wurde gestrichen. Wer also nicht genug Geld hat, die teuren Tickets zu zahlen, bleibt in seinem Viertel am Rande Braunschweigs eingesperrt – und spart sich das Geld für den teuren Eintritt in eine beliebige Freizeiteinrichtung.

Das Geld, das hier eingespart wurde, gab man zeitgleich

an anderer Stelle aus, nämlich für die sogenannte Wirtschaftsförderung. Diese wurde bereits im ersten Jahr um 150 Prozent erhöht (nicht auf 150%, sondern um 150%!).

Was also zuvor als Sparmaßnahme dargestellt wurde, ist nichts anderes als eine Umverteilung öffentlicher Gelder, und zwar von unten nach oben!

„Privatisierung“

Die Braunschweiger Versorgungs-AG wurde an den amerikanischen Konzern TXU verkauft. Mit dem Erlös konnten einmalig Teile der Schulden der Stadt Braunschweig getilgt werden. Mögliche Auswirkungen auf die von der Versorgungs-AG abhängigen Menschen haben bei dieser Entscheidung keine Rolle gespielt. Nun ist zudem TXU in „finanzielle Turbulenzen“ (BZ 30.12.02) geraten, so dass man nun einen neuen Partner für die Versorgungs-AG braucht.

Ebenfalls verhökert bzw. „in eine wettbewerbsfähige Rechtsform“ gebracht wurden das städtische Klinikum und die Wohnungsgenossenschaft GWK, mit der Konsequenz, dass auch diese für viele Menschen existentiellen Institutionen nun dem Diktat der Wirtschaftlichkeit unterworfen sind.

Wer genug verdient, bzw. als Unternehmer auf die Stadt Braunschweig blickt, braucht sich aber um solcherlei Dinge keine Sorgen zu machen. Der fragt sich vielmehr, ob er Braunschweig mit dem Flieger gut erreichen kann und ob er dort Unterhaltung der preislich gehobenen Sorte geboten bekommt. Also beschloss Hoffmann den Ausbau des Flughafens und die Finanzierung von High-Society-Spektakeln wie dem teuren ATP-Tennisturnier. Als Sahnehäubchen kommt noch die Bewerbung als

Kulturhauptstadt Europas dazu. Mit einer Ernennung zu selbiger rechnet Hoffmann gar nicht, ihm genügt (laut Punkt 10 seines Programms) „die positive Außenwirkung der Bewerbung“ an sich.

„Profilierung der Stadt als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum“

Der Innenstadt gilt Hoffmanns besondere Aufmerksamkeit, natürlich nur unter dem Aspekt der bestmöglichen Zuschneidung auf die Wünsche von Unternehmen und Bestverdienenden. Den einzigen Park in der Innenstadt würde er liebend gerne dem Bau eines neuen Einkaufs-Prunkbaus opfern. Aktuell steht ihm dabei noch der Einzelhandel im Weg, der befürchtet, weitere Kunden zu verlieren. Um keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen sei gesagt, dass der geplante Konsumtempel für die Bedienung höchster Ansprüche (und dickster Geldbeutel) gebaut werden soll. Hier geht es nicht um Klamotten von der Stange. Hier sollen alle die sich einkleiden und ausstatten können, die dafür bislang nach Paris oder Mailand fliegen mussten.

Für diejenigen, die weniger Glück hatten, die durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, hält Hoffmanns Innenstadtkonzept andere Aufgaben bereit, z.B. das Sammeln von Müll. Unter dem hippen Namen „Clean & Grün“ (nb 02.01.03) werden Sozialhilfeempfänger gezwungen, für den Hungerlohn von 1 € pro Stunde zu arbeiten, wobei Hoffmann noch die Frechheit besitzt, diese Form der Zwangsarbeit (wer nicht daran teilnimmt, verliert zeitweise den Anspruch auf Sozialhilfe) als „Qualifizierung“, als „Weg in den ersten Arbeitsmarkt“ zu bezeichnen und als städtisches Projekt gegen Arbeitslosigkeit auszugeben.

„Sicher und Sauber“

Mit der neuen Zwangsarbeit greift Hoffmann wieder auf sein Programm zurück, die Innenstadt „sicher und sauber“ machen zu wollen. Was könnte dagegen sprechen? Haben nicht alle ein Interesse daran, dass es sauber ist? Lebt nicht jeder gerne sicher? Klar.

Aber was meint Hoffmann, wenn er „sauber“ sagt? Und was bedeutet „sicher“ in seiner Diktion?

Sauber und sicher im Sinne der Unternehmerfreundlichkeit und des Konsumverhaltens der Reichen - man muss nur hinsehen:

Die Empfänger der mittlerweile lächerlich geringen „Sozialhilfe“, die gerade mal zum zeitweiligen Überleben reicht, müssen Müll in der Innenstadt sammeln und die städtischen Grünanlagen pflegen. Einmal im Jahr rückt dann auch der bürgerliche Rest aus zum „Stadtputztag“, einer plumpen Anleihe beim bewährten Konzept der „Volksgemeinschaft“, sogar das „Eintopfessen“ ist dabei, heute in Form von Erbsensuppe, gesponsort von irgendwelchen Unternehmen. Es wird suggeriert, alle hätten das gleiche Interesse an dieser Form der Sauberkeit – nur dass die Teilnehmenden an diesem Happening zusätzlich noch mit Preisen gelockt werden.

Dem Auge ungenehme Erscheinungen des Alltags werden kriminalisiert, so z.B. das Ausspucken, ob mit oder ohne Kaugummi, oder das Wegwerfen von Zigarettenkippen. Gleichzeitig wird der Versorger mit sauberem Wasser (Versorgungs-AG) an ein Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten verkauft. Gleichzeitig verfolgt die CDU das Konzept „autofreundliche Stadt“, ein aktiver Beitrag zur Luftverschmutzung. (PM der Grünen 13.11.2002) Das bedeutet sauberes Braunschweig.

Die Innenstadt wird mehr und mehr von inoffiziellen Ereignissen „gesäubert“. So soll der Burgplatz künftig nur noch für besondere Veranstaltungen der Stadt genutzt werden dürfen. Während Hoffmann bei einem militaristischen Spektakel, wie dem Gelöbnis der Bundeswehr im Februar 2002, Reden schwingt, sind ihm Veranstaltungen wie das Sommerloch-Festival oder Würstchenbuden am Rande des Weihnachtsmarktes ein Dorn im Auge. Lügen Demonstrationen in Hoffmanns Einflussbereich, würde er diese ebenfalls verbieten. Die Masse der Braunschweiger hat nur zu einem Zweck in die Stadt zu kommen, zum Konsumieren! Offiziell passiert dieses übrigens „wegen der Bewerbung bei der Unesco, den Burgplatz in die Liste des Weltkulturerbes aufzunehmen.“ (BZ 13.02.03). Es geht also wieder ums Image als „weicher Standortfaktor“. Das bedeutet sauberes Braunschweig.

Gleichzeitig wird an anderer Stelle dafür gesorgt, dass nicht zu viele Leute unkommerzieller Freizeitgestaltung nachgehen. Prinzen- und Bürgerpark, seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten Treffpunkte zum Sonnen, Grillen, Trinken und Spaßhaben, werden nun kontrolliert. Während auf Plakaten mit gefälschten Bildern der Müll im Park zum Thema gemacht wird, durchstöbern Polizeistreifen die Wälder und Wiesen auf der Jagd nach „Müllsündern und Vandalen“. Dass hier täglich mehrere hundert zumeist Jugendliche selbst ihre Freizeit gestalten, ohne dass es zu Streit kommt oder irgend jemand Aufpasser spielt, passt nicht in das Konzept eines durchgestylten und von oben geregelten Freizeitkonsums.





Man kann sich in ganz Braunschweig umsehen: egal wohin man sieht, jegliche Form günstiger, nicht völlig durchkommerzialisierter Freizeitbeschäftigung wird eingeschränkt, gegängelt oder mit Eintritt belegt. Das bedeutet sauberes Braunschweig.

Soweit zu einigen der bisherigen Höhepunkte des Hoffmannschen Stadtmanagements. Ein Fazit daraus zu ziehen, fällt nicht schwer: 1.) Wo immer er eine Möglichkeit sieht, forciert Hoffmann die Umverteilung von unten nach oben. Sparen hier, „investieren“ dort. Das bedeutet, dass den einen genommen und den anderen gegeben wird. Um neue Unternehmen anzulocken und bereits ansässige zu halten, wird alles getan, inklusive der Gestaltung der „weichen Standortfaktoren“, also der Freizeit- und Konsummöglichkeiten nach den Interessen der oberen Etagen. Diejenigen, die nicht im Zentrum des Hoffmannschen Interesses stehen, sollen sehen, wie sie ihr Leben geregelt kriegen, kosten darf es jedenfalls nichts. 2.) Wer nicht konsumiert, passt nicht ins Stadtbild. Bettelnde Leute etwa oder Jugendliche, die ohne sichtbare Einkaufsabsicht ihre Freizeit

verbringen, werden von den Hütern des Gesetzes überwacht und drangsaliert. Während bei öffentlichkeitswirksamen Großereignissen wie dem Braunschweiger Karneval oder dem Aufstieg Eintracht Braunschweigs ungezählte Tonnen Müll klaglos auf Kosten der Stadt „entsorgt“ werden, tritt Hoffmann unter dem Vorwand leerer Flaschen im Park eine kostenträchtige Kampagne gegen Jugendliche los und hetzt die Stadtbüttel auf jeden, der es wagt, in der Innenstadt zu spucken. 3.) Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Während Hoffmann denjenigen Steuermillionen in den Allerwertesten bläst, die nach Belieben Arbeiter heuern und feuern, erinnert er diejenigen, die geheuert und gefeuert werden, eindringlich an das, was er für ihre Pflichten hält, nämlich zu arbeiten. Die paar Leute, die zur Stadtsäuberung und auf den städtischen Grünflächen eingesetzt werden, kratzen nicht einmal an der Arbeitslosenstatistik, auch ist im landschaftsgärtnerischen und Abfallentsorgungsbereich nicht mit einem Boom zu rechnen, so dass alle Erwerbslosen dort unterkommen könnten. Hier geht es um eine erzieherische Maßnahme für alle anderen, die klarmachen soll, dass sie nicht mit Wohlwollen zu rechnen haben, wenn sie vom Staat abhängig werden.

Hoffmann: wer ist das eigentlich?

Die bislang genannten politischen Entscheidungen zeigen deutlich, dass der Herr Oberbürgermeister kein unbedingter Freund populistischen Tamtams ist. Politisch eindeutige Statements und Auftritte bei Massenveranstaltungen sind ihm zuwider. Eher selten sind eindeutige Äußerungen wie die Zustimmung zum Krieg gegen den Irak anlässlich einer Ausstellungseröffnung: „*Und so war damals klar [nach dem 11. September 2001], dass Gefahren, die von terroristischen Regimen wie denen der Taliban in Afghanistan oder dem des Saddam Hussein im Irak ausgehen, uns allen gelten, und dass wir diese Gefahrenquellen um jeden Preis beseitigen müssen. Wir sollten wieder zu diesen Erinnerungen und zu dieser Basis der gemeinsamen Konsequenzen hieraus zurückkehren.*“ (Pressemitteilung der Stadt Braunschweig vom 30.08.2002)

Es ist ansonsten eher ein nach außen stiller Vertreter von „Law and Order“, ein rechter CDUler, dessen inhaltliche Nähe zu anderen Rechten nicht nur dadurch deutlich wird, dass Barnabas Schill, Gründer der gleichnamigen Partei, seine Umsetzung der neuen Zwangsarbeit prompt für Hamburg übernahm (BZ 04.05.02). Im Braunschweiger Rathaus macht Hoffmann insbesondere durch seinen autoritären Führungsstil auf sich aufmerksam. Ein softer Ton im Umgang mit Untergebenen ist nicht sein Fall, eher im Gegenteil hört man von seinem Kasernenhofton und barschen Umgangsformen. Wo immer es geht, verkürzt er Entscheidungswege, mit anderen Worten, er konzentriert die Entscheidungsgewalt unter Ausschaltung bislang beteiligter Gremien, er reduzierte die Zahl der Ratssitzungen auf das gesetzliche Mindestmaß, verlegt möglichst viele Entscheidungen in nichtöffentliche Ausschüsse etc. Es verwundert also nicht, dass der autoritäre Führungsstil Hoffmanns manchem Betrachter den Vergleich mit feudalen Lokalgrößen entlockt. Sei es das Anschmauen seiner Untergebenen oder das Vorfahren zu öffentlichen Anlässen im privaten Jaguar, Hoffmann legt keinen Wert auf allseitige Zustimmung. Derartige Allüren unterscheiden ihn jedoch nicht von anderen, bspw. von seinem Vorgänger Glogowski. Was während seiner Amtszeit neu auf die Braunschweiger zugekommen ist, ist das leise, aber äußerst effektive Management einer ganzen Stadt, das eben ohne das begleitende Krakeelen eines Barnabas Schill daherkommt. Während Zwergpotentaten wie Schill polarisieren,



Dr. Gert Hoffmann oder die Karriere einer deutschen „Bürokratenseele“

Ein 68er von rechts

Hoffmanns politische Karriere begann während seines Jura-Studiums an der Universität Göttingen. Dort wurde er Anfang 1968 - damals bereits Mitglied der NPD - auf der Liste UNS (Unabhängige Studenten) in den Studentenrat gewählt. Laut den „Deutsche Nachrichten“, dem Organ der NPD, war dies bundesweit die „erstmalige Wahl eines Nationaldemokraten“ in einen Studentenrat.

Nach eigenen Angaben (www.cdu-braunschweig.de) war der Grund für sein Engagement in der NPD der „aufgrund der Teilung Berlins in der Kindheit entstandene Antikommunismus“, die „emotionale“ Ablehnung der Studentenbewegung, der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) und der 1966 geschlossenen „Großen Koalition“ zwischen SPD und CDU.

Im Sommer 1968 wurde in Göttingen eine Hochschulgruppe des NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund) gegründet. Hoffmann wurde zum Vorsitzenden dieser NPD-Studentenorganisation gewählt. Etwa zur gleichen Zeit wurde er bei der 3. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des NHB zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Im Sommer 1969 wurde Hoffmann erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des NHB gewählt.

Die NPD konnte zu dieser Zeit zahlreiche Wahlerfolge feiern. Zwischen 1966 und 1969 gelang ihr der Einzug in sieben Landesparlamente. Bei der Bundestagswahl 1969 erhoffte die Partei den Einzug in den Bundestag. Die NPD scheiterte jedoch mit 4,6% der Stimmen knapp an der 5%-Hürde. Das Ergebnis der Bundestagswahl kommentierte Hoffmann in der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“ (Nr. 43/1969) in einem Artikel mit der programmatischen Überschrift „Wir Jungen stehen zur Sache - Stärker noch auf die deutsche Jugend setzen“. Das schlechte Abschneiden der NPD sieht er vor allem in der „Manipulation durch die Meinungs-Institute“ und die angebliche „Hetz- und Verleumdungskampagne in Presse, Funk und Fernsehen“ und des „APO- und DGB-Terrors“. Hoffmanns strategische Empfehlungen an die NPD strotzen von nationalistischem Pathos, der durchaus an die NS-Propaganda erinnert: „Die NPD muß nicht um ihrer selbst, sondern um des deutschen Volkes willen die Partei der denkenden und schaffenden Jugend werden ... Wir haben nur die erste 'Schlacht' verloren: Uns gehört die Zukunft - diese Gewißheit läßt auf unsere Stunde warten!“. Zur Erreichung der Jugend schlägt Hoffmann dabei eine Strategie vor, wie sie heute aktuell von der NPD verfolgt wird: Durch „eine geschickte Jugendarbeit“ könne der „indirekte Weg zur Politik“ sehr erfolgreich sein. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass „Jüngere das Ohr der Jugend am leichtesten finden, und die Jugend zu allen Zeiten eigene Ausdrucksformen entwickelt“.

Karriere mit neuem Parteibuch

Der verpasste Einzug in den Bundestag läutete das Ende der Wahlerfolge der NPD ein. Innerhalb kürzester Zeit war sie wieder aus allen Landes- und fast allen Kommunalparlamenten verschwunden und verlor Tausende von Mitgliedern. Auch Gert Hoffmann verließ 1970 die NPD und trat in die CDU ein. Plötzlicher Gesinnungswechsel, oder die Einsicht, in der NPD keine Karriere machen zu können?

Mit dem CDU-Parteibuch in der Tasche ging es jedenfalls steil aufwärts: 1972 wurde er stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Union und kurz darauf Pressesprecher des CDU-Kreisverbandes. Von 1972 bis 1974 absolvierte er sein juristisches Referendariat bei der Stadt Göttingen und der Regierung Hildesheim. Gleichzeitig war er als wissenschaftliche Hilfskraft an der Uni Göttingen tätig. Danach war er „Assessor“ beim Niedersächsischen Städtebund und später beim Kreis Land Otterndorf. 1976 wurde er Samtgemeindedirektor und Gemeindedirektor in Hemmor.

1979 stellte er sich in Gifhorn zur Wahl des Stadtdirektors. „Kandidat für Stadtdirektoren-Amt war mit 23 Jahren Mitglied in der NPD“ titelte damals die regionale Presse. Trotz dieser Negativ-Schlagzeilen wurde Hoffmann gewählt.

Eine liebenswerte Kleinstadt

„Gifhorn soll eine harmonische und liebenswerte Kleinstadt bleiben“ - Mit diesem Slogan warb die Verwaltung der Stadt Gifhorn in Zeitungsanzeigen für eine Reihe von Beschlüssen die der Verwaltungsausschuss unter Regie des Stadtdirektors Gert Hoffmann im Dezember 1989 fasste. Beschlüsse, die Gifhorn bundesweit in die Schlagzeilen brachten. Die „Harmonie“ in dem kleinen Städtchen sahen Hoffmann und Konsorten gestört durch den „ungebrochenen Zustrom von Aus- und Übersiedlern nach Gifhorn“, deshalb - so ein Beschluß des Verwaltungsausschuss (dem auch die SPD zustimmte) - solle „der Asylantenbestand kurzfristig drastisch und mittelfristig ganz abgebaut“ werden. Des weiteren werde die Stadt keine „Unterbringungsprogramme für ehemalige Nichtseßhafte“ mehr fördern.

„Was der Stadtdirektor will, bringen rechtsradikale Schmierer gern auf eine kurze Formel: 'Ausländer raus', schrieb der SPIEGEL in seiner Ausgabe 3/1990 über die Politik Hoffmanns (Die Zahl der Flüchtlinge, die in Gifhorn zu diesem Zeitpunkt lebten und die Hoffmann in rassistischer Manier als „Asylantenbestand“ betitelte, betrug im übrigen ganze 178). Auch die Grünen griffen Hoffmann für seine Äußerungen scharf an: „Asylantenfreies Gifhorn! ... Dies ist eine Angelegenheit, die in beklemmender Art und Weise daran erinnert, wie im Nationalsozialismus mit Problemen umgegangen wurde: ohne die preußischen Bürokratenseelen, die verlässlich jede Unmenschlichkeit organisierten, wenn es um die Durchsetzung staatlicher Ordnung ging, wären die Nazis niemals so erfolgreich gewesen.“ (Rede des Grünen Fraktionsvorsitzenden Fredegar Henze am 19.12.1989). Der SPD, die die Beschlüsse mittrug, hielt Henze vor: „Wozu braucht es noch Republikaner, wenn Sie jetzt deren Parolen rufen?“.

Von Gifhorn über Dessau nach Braunschweig

Hoffmann blieb bis 1991 Stadtdirektor in Gifhorn. 1983 bewarb er sich für das Amt des Stadtdirektors in Hildesheim. Nachdem Gegner in der eigenen Partei seine NPD-Vergangenheit durch gezielte Indiskretion bekannt machten und einen Proteststurm forcierten, zog Hoffmann seine Kandidatur jedoch zurück. 1991 wurde er Regierungspräsident in Dessau. Als die Dessauer SPD Wind von Hoffmanns NPD-Vergangenheit bekam, forderte sie seine Amtsenthebung. Doch er saß den Skandal aus. Erst nach dem Regierungswechsel 1995 in Sachsen-Anhalt wurde Hoffmann von der neuen rot-grünen Landesregierung entlassen. Als er 1997 als möglicher Chef der Treuhand-Liegengesellschaft ins Gespräch kam, wurde daraus nichts, „wohl auch deshalb, weil ihm seine NPD-Vergangenheit angelastet wurde“ (Hannoversche Zeitung vom 27.08.2000).

Hoffmann - ein Faschist?

Auch wenn Hoffmanns Vergangenheit braune Flecken aufweist, ist er sicherlich kein Faschist. Genauso falsch ist es, seine NPD-Vergangenheit als einfache „Jugendsünde“ abzutun. Immerhin gehörte er als stellvertretender Bundesvorsitzender des NHB zu den strategischen Vordenkern der NPD in der damaligen Zeit. Hoffmann ist der Prototyp des kühlen, kalkulierenden, pragmatischen Bürokraten. Oder wie er selbst sagt: „Ich lasse mich nicht in feste Formen pressen, bin es als Pragmatiker gewohnt machbare Lösungen zu finden“. Für die „preußische Bürokratenseele“ ist Politik die absolute Durchsetzung der Interessen der staatlichen Ordnungsmacht. Da interessiert es nicht, welche Auswirkungen seine Streichungs- und Kürzungsorgien für das Leben der Menschen in dieser Stadt haben. Am Ende zählt für Hoffmann nur die Bilanz.

öffentlich verbal auf die ärmsten Teile der Gesellschaft einhacken, und mit dem Versuch, Stimmungen zu schüren oftmals das genaue Gegenteil erreichen, nämlich eine Solidarisierung mit und unter den Betroffenen, arbeitet Hoffmann seine Pläne im stillen Rathausträgerlein aus und präsentiert erst die geschaffenen Fakten der Öffentlichkeit.

Die Möglichkeit dazu wurde durch die Zusammenlegung der Ämter des Oberbürgermeisters und des Stadtdirektors just zu Beginn seiner Amtszeit geschaffen. Hieran wird bereits deutlich, dass die Voraussetzungen für einen Durchmarsch à la Hoffmann von weiter oben im Staatsgefüge geschaffen wurden und dies – da auch dort keine hellseherischen Fähigkeiten bezüglich der Ergebnisse künftiger Wahlen existieren – parteiunabhängig. Offensichtlich erfüllt der mit dieser neuen Definition des Oberbürgermeisteramtes einhergehende Machtzuwachs ein Bedürfnis nach schnellerer Umsetzung von Entscheidungen durch die Politik, ringt doch auch die Regierung auf Bundesebene um „schnelle Reformen“, heißt auch dort das Schreckgespenst „Reformstau“. Und ebenso offensichtlich stimmt nicht nur die Forderung nach „schnellen Reformen“ überein, auch der Inhalt ist der gleiche: optimale Bedingungen für die kapitalistische Wirtschaft.

Weniger Heu, mehr Laufrad...

April 2003: Weit über vier Millionen lohnabhängige Menschen in der BRD sind nach den offiziellen „geschönten“ Angaben erwerbslos. Sie sind dies nicht, weil sie nicht arbeiten wollen, sondern weil sie in der kapitalistischen Produktion zu den aktuellen Bedingungen nicht gewinnbringend einsetzbar, also überflüssig sind. Die „dritte industrielle Revolution“ der Mikroelektronik hat seit den 80er Jahren damit begonnen, der Verwertung lebendiger Arbeit eine innere Schranke zu setzen. Das Kapital wird in dem Sinne „ausbeutungsunfähig“, dass auf der Höhe der von ihm selbst hervorgebrachten und unumkehrbaren Produktivitäts- und Rentabilitätsstandards keine realökonomische erweiterte Reproduktion (Expansion der Verwertung) mehr möglich ist. Diese „strukturelle Überakkumulation“ des Weltkapitals (d.h. es wurde dauerhaft soviel Kapital angehäuft, dass es nicht mehr einfach in neue Produktionsstätten investiert werden kann, weil sich die Produkte nicht mehr gewinnbringend verkaufen lassen, der Markt ist sozusagen überfüllt) führt durch Anwendung der Mikroelektronik zu einer strukturellen, nicht konjunkturell bedingten Massenarbeitslosigkeit. Während die Produktivität der derzeit aufgebrauchten Arbeit genügen würde, um für alle Menschen bei minimaler Arbeitszeit einen verhältnismäßig großen „Wohlstand“ zu schaffen, ist die Situation der Erwerbslosen alles andere als beneidenswert. In dieser Gesellschaft, in der die Existenzgrundlage eines Menschen mit seiner Verwertbarkeit als Lohnarbeiter zusammenfällt, brechen für diejenigen, die im kapitalistischen Verwertungsprozess keinen Platz einnehmen können, nun noch härtere Zeiten an, denn die herrschende Klasse bläst zum Generalangriff: Während die staatlichen Ausgaben für die Erwerbslosen auf ein absolutes



Minimum gesenkt werden, wird alles getan, um dem Kapital optimale Rahmenbedingungen für die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zu schaffen.

Zentral für die Lebensbedingungen erwerbsloser Menschen ist hier das sogenannte Hartz-Konzept, benannt nach Peter Hartz, der sein Meisterstück bei VW ablieferte, indem er das Projekt „5000 x 5000“ ins Leben rief. Damit werden für die Produktion des neuen Modells TOURAN anstelle der ursprünglich berechneten 7500 Arbeiter zu den üblichen VW-Arbeitsbedingungen nur noch 5000 Arbeiter zu weit schlechteren Bedingungen (mehr Arbeitshetze, geringerer Lohn, befristete Einstellung etc.) beschäftigt. VW schreibt sich das dann auch noch als Maßnahme zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf die Fahne und lässt es durch Steuergelder subventionieren. Mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes wird der Druck auf Erwerbslose erhöht, miserable Jobs anzunehmen, ungesichert und lächerlich gering bezahlt. Zunächst werden nach diesem Konzept alle Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf ihre Arbeitstauglichkeit geprüft, und wer für verwertbar befunden wird, fällt zukünftig aus diesen Unterstützungssystemen komplett heraus. Alle als erwerbsfähig eingestuft werden in sogenannten „Job-Centern“ erfasst und sollen in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden, wobei die bisherigen „Zumutbarkeiten“ enorm verschärft werden. Im Klartext heißt das, dass die Erwerbslosen zu einer nach Kapitalbedürfnissen beliebig einsetzbaren Manövriermasse werden, wobei jeder nahezu alle Jobs, egal wie schlecht bezahlt, egal an welchem Ort, annehmen muss, will er nicht jeglichen Anspruch auf staatlich Unterstützung verlieren und somit komplett ohne Einkommensquelle dastehen. Wer nach sechs Monaten unter diesen Bedingungen noch nicht vermittelt ist – und das wird die Mehrheit sein – wird weitergereicht an die sogenannten „Personal Service Agenturen“ (PSA), die eine Art staatliche Zeitarbeitsfirma sind. Hier sind sie nun offiziell angestellt – ein toller Trick, der die „Arbeitslosenstatistik“ ganz neu definiert – und können an beliebige Unternehmen „ausgeliehen“ werden. Wer seinen Leih-Job nicht aushält, es nicht einsieht, sich für einen Hungerlohn unter miesesten Bedingungen abzuschinden, oder sich aus anderen Gründen der staatlich verordneten Zwangsarbeit nicht unterwirft, dem werden wiederum die Bezüge gekürzt oder ganz gestrichen. Für Unternehmen heißt das, dass ihnen billige und willige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, für die keine Sozialabgaben zu zahlen sind und die

beliebig und jederzeit kündbar sind. Weitere Angriffe auf die Arbeitsbedingungen der noch regulär Beschäftigten von Seiten der Unternehmen sind dann nur noch eine Frage der Zeit, denn mit den neuen Dumping-Lohn-Arbeitskräften steht ihnen ein Druckmittel in bislang ungekannter Qualität zur Verfügung. Findet sich trotz aller Erniedrigungen der Arbeitskräfte kein Unternehmen, das diese aktuell braucht, werden sie zum Arbeitsdienst eingeteilt. Wir sehen, dass hier auf Bundesebene von SPD und Grünen dieselbe arbeiterfeindliche Richtung eingeschlagen wird, wie sie in unserem Falle von der CDU in Braunschweig verfolgt wird.

Nur am Rande sei hier erwähnt, dass sich die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen – ob mit Job oder ohne – auf weitaus mehr erstrecken, als „nur“ auf den Bereich Arbeit. Jahrzehntlang hat der Staat Teile des Einkommens der Erwerbstätigen zwangsweise eingestrichen. Erwerbslosigkeit stellte ein temporäres Problem aufgrund vorübergehender, konjunkturell bedingter Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt dar, daher machte es für den Staat Sinn, Erwerbslose als sogenannte „industrielle Reservearmee“ durch „zwangs-solidarische“ Zahlungen der Erwerbstätigen versorgen zu lassen. Dass die „sozialen Sicherungssysteme“ nicht aus sozialen Erwägungen Bestand hatten, sondern um das möglichst reibungslose Funktionieren des kapitalistischen Systems aufrecht zu erhalten, wird deutlich beim Betrachten der aktuellen Situation eines

soliden „Sockels“ an Erwerbslosen von mehreren Millionen: Diejenigen, deren Versorgung man einstmals als „soziale Leistung“ ausgab, werden wegen der ungewollten Inanspruchnahme eben dieser Leistungen öffentlich als „Sozialschmarotzer“ u.a. diffamiert. Der bisherige Umgang mit Kranken, Alten und anderen Erwerbslosen hat seine Funktion eingebüßt, jetzt geht es nur noch darum, für diese Menschen möglichst wenig zahlen zu müssen. Seit einiger Zeit werden daher Gesundheit- und Altersvorsorge mehr und mehr der „Eigenverantwortung“ der arbeitenden Klasse überantwortet. Doch was heißt „Eigenverantwortung“ hier? Sie bedeutet, dass sich jeder die Frage stellen muss, ob er seine Ausgaben heute einschränkt und später vielleicht etwas mehr zum Leben hat, oder heute sein Geld ausgibt, um im Krankheitsfall oder beim Eintritt ins Rentenalter ohne Versorgung dazustehen. Doch welche Wahl haben diejenigen, deren Lohn gerade so bemessen ist, dass er heute knapp zum Überleben reicht, alle diejenigen z.B., die von 400-Euro-Jobs leben? Ein riesiger Teil der Erwerbstätigen und – losen hat diese Wahl gar nicht, kann nur hoffen, dass es irgendwie klappen wird. Das bedeutet „Eigenverantwortung“! (Auch hier geht Hoffmann übrigens wieder mit der Bundesregierung konform; Punkt 8 seines Programms lautet dementsprechend dann auch „Stärkung von Eigenverantwortung statt öffentlicher Hilfeleistungen“.)

Wer schweigt, stimmt zu!

Davon lebt etablierte Politik. Von der obersten Spitze der Bundesregierung durch alle bürgerlichen Parteien, die Gewerkschaften bis hinunter auf die Ebene jeder Stadt und Gemeinde setzt sich dieses Treten nach unten fort. Der eine oder andere Grüne, SPDler und/oder Gewerkschafter mag die Intensität der „Einschnitte“ anprangern, vielleicht in den eigenen Reihen einen Sturm im Wasserglas anzetteln, in der Konsequenz tragen sie diese Angriffe auf das Leben der arbeitenden und erwerbslosen Massen mit. Beispielhaft sprechen sich die Braunschweiger Grünen basiswirksam gegen den Arbeitsdienst Hoffmanns aus, den ihre Bundesorganisation gleichzeitig als Regierungspartner zum möglichen Schicksal aller Erwerbslosen macht. Es bringt nichts, bei jeder Wahl die jeweilige Oppositionspartei als das angeblich kleinere Übel zu wählen oder gegen Hoffmann zu sein, weil er ein rechter CDUler mit Nazi-Vergangenheit ist, der sich für seine kapitalhörige Politik diverser Anleihen beim altbekannten „Volksgemeinschaft“-Konzept bedient. Nur durch Druck lässt sich etwas verändern, indem der Protest gegen derartige Pläne lautstark und ohne Akzeptanz für „Vermittler“ auf die Straße getragen wird. Indem aus Protest Widerstand wird, gegen die Schikanierung Erwerbsloser, gegen Sicherheits- und Sauberkeitsdemagogik, die nur auf „Konsumschwächere“ zielt, gegen die Durchkommerzialisierung aller Lebensbereiche, gegen das Treten nach unten! Auf Dauer bleibt aber jeder lokale Protest gegen bestimmte Auswirkungen des kapitalistischen Systems wirkungslos, da das Kapital weiter für Profite weltweit über Leichen geht und die Ausbeutung der Lebenden weiter anhält. Alle Parolen von Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde bleiben Schall und Rauch, solange der Mensch den Menschen ausbeutet um der Macht und des Profits Willen. Hier geht es nicht um einzelne „böse“ Politiker und Konzernchefs – das wäre ein vergleichsweise einfach zu beseitigendes Problem – hier geht es um ein Gesellschaftssystem, und das muss als Ganzes geändert werden!

Gegen das Treten nach unten – für internationale Solidarität!

Gegen die Ursache von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg!

Der Kapitalismus ist das Problem

– eine klassenlose Gesellschaft ist die Lösung!

Antifaschistisches Café



Cyriaksring 55 * 38118 Braunschweig



Antifaschistisches Café:
Jeden Freitag ab 20 Uhr

Jugend Antifa Aktion:
Jeden Montag ab 19 Uhr



www.antifacafe.de.vu